

REZEPTE ZUR KOSTENREDUKTION

Die Schweiz leistet sich nach den USA und Norwegen das teuerste Gesundheitssystem der Welt. In keinem anderen Kanton sind die Gesundheitskosten so hoch wie in Basel-Stadt. Die Gesundheitsdirektoren der beiden Basel stehen zur Kostenexplosion im Gesundheitswesen Rede und Antwort.

Wie können die Kantone dazu beitragen, die Gesundheitskosten zu senken?

Regierungsrat Thomas Weber, BL: Übergeordnetes Ziel unserer gemeinsamen Anstrengungen ist unter anderem eine deutliche Dämpfung des Kostenwachstums im Spitalbereich. Die Anzahl der stationären Behandlungen soll sinken. Eine Verlagerung zu mehr ambulanten Behandlungen müsste kostengünstiger sein. Das heutige System mit unterschiedlichen Finanzierungsarten für stationäre und ambulante Behandlungen setzt Fehlanreize: Die ambulanten Tarife sind heute nicht in jedem Fall kostendeckend, sodass teilweise Fälle, die aus medizinischer Sicht ambulant behandelt werden könnten, stationär abgewickelt werden. Wir wollen diese Problematik auf Bundesebene angehen und uns für ein einheitliches System einsetzen, das diese Fehlanreize behebt.

Regierungsrat Lukas Engelberger, BS: Das sehe ich auch so. Ein koordiniertes Vorgehen der beiden Kantone verhindert zudem, dass auf den Nachbarkanton ausgewichen wird, und wirkt so kostensenkend. Durch eine gemeinsame Spitalgruppe sollen zudem Kapazitäten und Investitionen gebündelt werden. Per saldo ist mit einem Kapazitätsabbau zu rechnen.

Bei einer Wohnbevölkerung, die stetig wächst und älter wird, gehen wir von einer Kostenentwicklung analog dem Wirtschaftswachstum aus, nicht von einer Reduktion.

Wäre Outcome-Based Payment ein Rezept zur Kostenreduktion?

Engelberger: Eine ergebnisbasierte Bezahlung könnte durchaus zu einer Kostenreduktion führen. Sogenannte Outcome-Messungen müssen allerdings wissenschaftlich akzeptiert und rechtlich umsetzbar sein. Dies ist unter der aktuellen Rechtslage nicht gewährleistet.

Solche Abgeltungsarten können aber bereits in gegenseitigem Einverständnis verhandelt werden. Ein Beispiel ist die Pharmaindustrie: Sie ist zu Zugeständnissen bei Nicht-Wirkung ihrer Produkte bereit und kann so die hohen Kosten innovativer Produkte abfedern. Langfristig ist dieser Weg auch in anderen Bereichen weiterzuvorführen.

Weber: Eine ergebnisorientierte Vergütung von Leistungen könnte zur Qualität im Gesundheitswesen beitragen – jedoch nicht im Sinne eines pauschalen Lösungsansatzes, sondern in Kombination und im Wechsel mit anderen Anreizsystemen. Der eigentliche Outcome muss Gesundheit sein, nicht Behandlung. Hier kommt die Prävention in Spiel.

Die generelle Kostentwicklung unterliegt einem Automatismus, gesteuert von demografischer Alterung, medizinischem Fortschritt und Erwartungen der Patienten. Der Kanton hat nur begrenzte Handlungsfreiheit, da Spitäler auch kantonale, selbstständige Unternehmen sind und das Bun-

Mitte September haben die beiden Regierungsräte der Öffentlichkeit vertieft vorgestellt, wie sie die Gesundheitsregion beider Basel gemeinsam gestalten wollen. Lesen Sie die Medienmitteilung auf medien.bs.ch oder baselland.ch

desrecht zwingend eine Abgeltung der erbrachten Leistungen vorschreibt. Ansätze wie die Lockerung des Vertragszwangs zwischen Kassen und Leistungserbringern sind auf Bundesebene in Diskussion.

Und Telemedizin?

Engelberger: Von der Telemedizin als Teil des umfassenderen Begriffs «E-Health» darf man sich vermehrt kostendämpfende Effekte erhoffen. Hier gibt es schon Modelle, bei denen Krankenkassen Prämienrabatte zugestehen, wenn die versicherte Person zuerst einen medizinischen Telefondienst anruft. Dies kann die Notfallaufnahmen entlasten.

Weber: Studien zeigen, dass Telemedizin zu einer besseren Qualität und effizienteren Behandlungen führen kann. Es besteht jedoch die Gefahr einer Zweiklassenmedizin, denn nicht alle Patienten sind über elektro-



nische Medien erreichbar. Umstritten ist, ob der vereinfachte Zugang zu medizinischen Dienstleistungen über Internet nicht zu gesamthaft mehr Konsultationen und letztlich zu einem Kostenanstieg führt.

Gesund werden ist eines, gesund bleiben ein anderes. Welchen Stellenwert nimmt die Prävention auf Ihrer Agenda ein?

Engelberger: Prävention ist ein Schwerpunkt meines Departements. Etwa bei der Suchtprävention oder bei Themen wie Ernährung und Bewegung oder Alter und Gesundheit bieten wir ein vielfältiges Programm. Die Massnahmen setzen bereits bei Kindern und Jugendlichen an. Dass jedes fünfte Kind übergewichtig ist, stimmt mich nachdenklich. Deshalb messe ich der Prävention generell, aber vor allem auch im jungen Alter einen hohen Stellenwert bei.

Weber: Gesundheitsförderung soll möglichst alle Menschen zur Erhaltung und Stärkung ihrer Gesundheit befähigen und Lebensbedingungen schaffen, die für die Gesundheit förderlich sind. Der Kanton Basel-Landschaft orientiert sich dabei an den 2002 erarbeiteten «Gesundheitszielen für die Schweiz».

Und wie steht es mit unserer Eigenverantwortung?

Weber: Heute stellen wir eine starke Informations-Asymmetrie zwischen Versicherten und Leistungserbringern fest. Die Information und damit die eigenverantwortliche Entscheidungskompetenz der Bevölkerung zu verbessern, muss ein gesundheitspolitisches Ziel werden. Die Thematik ist komplex und es stellen sich ethische Fragen, wenn es zum Beispiel um den bewussten Verzicht auf medizinisch mögliche, teure Leistungen am Lebensende geht. Grund-

sätzlich ist es richtig, die Eigenverantwortung und das Kostenbewusstsein der Versicherten zu erhöhen und einer übertriebenen Anspruchshaltung durch gute Information über Alternativen wie beispielsweise Palliativmedizin zu begegnen.

Engelberger: Wir haben heute sehr hohe Erwartungen. Der medizinische Fortschritt weckt bei Patienten den Anspruch, bei einem Leiden sofort zum Arzt gehen zu können. Stehen wir vor der Wahl zwischen einem operativen Eingriff oder einer mehrmonatigen Therapie, entscheiden sich viele für den Eingriff – und erhoffen sich rasche Besserung. Das verstehe ich, aber andererseits wäre es sinnvoll, Alternativen zum Eingriff zu prüfen. Ich bin überzeugt, dass der Schlüssel für ein bedarfsgerechteres und günstigeres Gesundheitswesen in der Eigenverantwortung von uns Patienten und Versicherten liegt. ●